

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
keine Subventionen von Atomstrom in Europa**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese auf Europäischer Ebene ehestmöglich und unter Bildung einer Allianz von Mitgliedstaaten die Einführung von direkten Subventionen für Atomstrom wirksam verhindert. In der Folge sollen einerseits ein Subventionsverbot von Atomstromproduktion auf Europäischer Ebene umgesetzt, sowie andererseits strengere Haftungsregelungen, welche sich am abschätzbaren Schadenspotential orientieren, eingeführt werden.

Begründung

Nach dem Super-GAU in Fukushima vor mehr als einem Jahr wurden zahlreiche Schritte gegen die Atomenergie gesetzt. Unter anderem haben Deutschland und die Schweiz den schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen, Bulgarien auf die Errichtung eines AKW verzichtet und Italien per Volksabstimmung das „Aus“ für Atomkraft besiegelt. Diesen Weg des konsequenten Ausstieges aus der Atomenergie gilt es daher, in jeder Hinsicht fortzusetzen.

Der Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Investition von Milliarden in eine Technologie, deren Zukunft ungewiss ist, rechnet sich nicht. Die großen deutschen Stromkonzerne RWE und EON haben sich aus diesem Grund vor wenigen Tagen bereits von geplanten britischen Atomstromprojekten zurückgezogen. Und der tschechische Atomkonzern CEZ fordert von der Tschechischen Regierung für die geplanten Bauprojekte der Reaktorblöcke 3 und 4 einen garantierten Abnahmepreis (!) für den produzierten Atomstrom. Subvention ist somit die Voraussetzung für den Bau der Reaktorblöcke 3 und 4 des Tschechischen Atomkraftwerkes Temelin, einem Projekt im Ausmaß von ca. 12 Milliarden Euro.

Aus diesen Gründen sind Großbritannien, Tschechien, Frankreich und Polen diese Woche an die Europäische Kommission und die Europäische Ratspräsidentschaft mit dem Appell herangetreten, direkte Subventionen für Atomstrom zu ermöglichen. Wettbewerbsrechtlich sollte das dadurch gedeckt werden, dass man Atomkraft als "emissionsarm" einstuft und somit für Förderungen zugänglich macht. Dies würde eine Gleichstellung von erneuerbaren Energien und Atomenergie bedeuten, was insbesondere im Hinblick auf Fukushima absolut unververtretbar wäre.

Dieser überschießende Schritt stellt die EU und die in ihr vereinten Mitgliedstaaten vor eine Grundsatzentscheidung: Zurück zu einer antiquierten Energiepolitik und die bewusste Inkaufnahme der Gefährdung von Millionen Menschen in Europa oder eine in die Zukunft orientierte Energiestrategie in Richtung einer möglichen und zukunftsweisenden Energiewende. Österreich ist hier gefordert, eine Vorreiterrolle einzunehmen und zu versuchen, eine Allianz unter jenen Mitgliedstaaten zu bilden, die einen konsequenten Anti-Atomkurs unterstützen und somit direkte Subventionen für Atomstrom verhindern und sich für die Etablierung eines ausdrücklichen Subventionsverbotes für die Atomstromproduktion auf Europäischer Ebene einsetzen.

Bereits jetzt kommt es durch zu lockere Haftungsregelungen mit viel zu niedrigen Haftungsvolumina im Bereich der Atomstromproduzenten zu indirekten Milliardensubventionen an die gesamte Atomindustrie und damit einer untragbaren Wettbewerbsverzerrung. Müssten die Betreiber ihre AKW's auf die tatsächlich drohenden Schäden versichern, so würde sich der Preis von Atomstrom radikal vervielfachen, wie eine Studie des Energieinstituts der Universität Linz aus 2011 zeigt. Beispielsweise müssen die Betreiber der französischen Atomkraftwerke für die 59 Meiler lediglich mit einem Betrag von 91 Millionen Euro für auftretende Schäden Dritter haften, während sich die Haftungssumme für die Niederlande mit einem in Betrieb befindlichen AKW bereits bei 340 Millionen Euro befindet. Das zeigt nicht nur, wie unterschiedlich derzeit die Haftungssummen in Europa geregelt sind, sondern stehen diese auch gegenüber den Schätzungen für die Schadensfolgen im Zuge der Katastrophe von Fukushima im Ausmaß von ca. 300 Milliarden (!) Euro außer jeder Relation für die tatsächlichen zu erwartenden Schäden aus einem Unfall.

Linz, am 17. April 2012

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Buchmayr, Hirz, Wageneder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Strugl, Bernhofer, Aichinger, Kirchmayr, Brunner, Ecker, Langer-Weninger, Gattringer, Frauscher, Weixelbaumer, Manhal, Pühringer, Jachs, Weinberger, Stanek, Dörfel, Höckner, Csar, Schwarzbauer, Peinsteiner, Hüttmayr, Lackner-Strauss, Baier, Schulz, Schillhuber, Alber

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Affenzeller, Pilsner, Bauer, Makor, Krenn, Peutlberger-Naderer, Eidenberger, Rippl, Müllner, Promberger, Röper-Kelmayr, Jahn

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner